Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werkthätigen Bevölkerung.

Telephon Nummer 419. Mit der illustrirten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt". Telephon Nummer 419.

Der „Lübecker Volksbote" erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Große Altefähre 35/37, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich Mk. 1,60. Monatlich 55 Pfg. Postzeitungsliste Nr. 4069a 6. Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 15 Pfennige, für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfennige, auswärtige Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Morgens in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 169. Mittwoch, den 22. Juli 1896. 3. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

An unsere Abonnenten!

Da uns fortgesetzt Klagen über unregelmäßige und ungehörige Zustellung des „Lübecker Volksbote" zugehen, sehen wir uns veranlaßt, darauf aufmerksam zu machen, daß unsere Zeitungsausträgerinnen angewiesen sind, den Volksboten, wenn irgend möglich, persönlich abzugeben und jegliches Hinwerfen auf Treppenfluren u. s. w. zu vermeiden. Wir ersuchen die geehrten Abonnenten, uns sofort Mittheilung zu machen, wenn unser Blatt ihnen nicht zur rechten Zeit zugestellt wird.

Die Expedition des „Lübecker Volksbote".
Große Altefähre 35/37.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Offene Rebellion gegen die Regierungspolitik predigt jetzt die agrarische „Deutsche Tages-Zeitung". In einem Artikel über die Frage, wohin die Wirthschaftspolitik der jetzigen Regierung führt, kommt sie zu dem durch auffälligen Druck hervorgehobenen Ergebniß, daß die jetzige Politik der Regierung, weil sie angeblich zur Proletarisirung immer breiterer Massen führt, die Politik des Kapitalismus und eine antimonarchische Politik sei. Sie erklärt sie ferner auch sogar für vaterlandsfeindlich, weil dieselbe angeblich auf die ausschließliche Begünstigung des kapitalistischen Großindustrialismus in allen Erwerbszweigen gehe. Die deutschen Staatsmänner, die die nothwendigen Folgen ihrer Weltwirthschaftspolitik nicht sehen, seien von einer beneidenswerthen Kurzsichtigkeit. Um ihr Gewissen seien sie nicht zu beneiden. Wer als Minister die Gefahren der heutigen Wirthschaftspolitik erkannt habe und eine Aenderung derselben nicht durchsetzen könne, der könne vor Gott und seinem Gewissen und um der Treue gegen seinen König willen die Verantwortung nicht länger tragen. — „Das ist der Dank der Agrarier für die Liebesgaben-Politik der Regierung, die aus Furcht vor der agrarischen Strömung sich zu energischem Widerstand gegen das Agrarierthum nicht hat aufraffen können!" — bemerkt treffend die „Freis. Ztg." dazu.

Der Rechnungsabschluß des Reichshaushalts für das Jahr 1895/96 liefert eine sehr erfreuliche Bestätigung der Annahme der Reichstagsmehrheit, daß es neuer Reichssteuern zur Entlastung der Einzelstaaten nicht bedürfe. Die Ueberweisungen an die Einzelstaaten sind, obgleich der Antheil des Reichs an den Zolleinnahmen um 13 Mill. Mk. erhöht worden ist, um 26 351 019 Mk. höher gewesen, als im Etat vorgesehen. Auf der andern Seite haben auch die ordentlichen Einnahmen, soweit sie dem Reiche zustehen, im Vergleich mit dem Etat 26 227 487 Mk. mehr ergeben. Nach Verwendung von 13 Mill. zur Verminderung der Reichsschuld bleibt also noch ein Ueberschuß von 1 186 962 Mk. zur Einstellung in den nächsten Etat. Von den einzelnen Ausgabe-Etats weisen der Militäretat eine Minderausgabe von 7 184 000 Mark und der Etat der Reichsschuld eine solche von 2 285 000 Mk. auf, dagegen hat der Marine-Etat eine Mehrausgabe (gegen den Etat) von 3 073 000 Mk., das Auswärtige Amt eine solche von 404 000 Mk., an außeretatsmäßigen Zuschüssen für die Schutzgebiete waren 2 341 000 Mk. über den Etat hinaus zu leisten. Das Reichsamt des Innern hat eine Etatsüberschreitung von 939 000 Mk. in Folge der Steigerung des Reichszuschusses zur Invaliditäts- und Altersversicherung. Der Invalidenfonds hatte in Folge des Gesetzes vom 22. Mai 1895 (Pensionszuschüsse für Offiziere u. s. w. aus den Kriegsjahren 1870/71) eine Mehrausgabe von 2 252 255 Mk. Mehr- und Minderbedürfnisse gegen einander gerechnet, verbleibt ein Mehrbedarf von 1 357 796 Mk. Von den Reichssteuern hat nur die Verbrauchsabgabe für Branntwein eine Mindereinnahme (gegen den Etat) von 3 816 000 Mk. und die Maischbottich- und Materialsteuer eine solche von 612 000 Mk. Alle übrigen Steuereinnahmen haben den Etat überschritten.

Weitere Ausnahmen vom Verbot der Sonntagsarbeit werden angekündigt durch folgende im „Reichsanzeiger" veröffentlichte Bekanntmachung vom 14. Juli 1896:

1. In der Tabelle der Bekanntmachung vom 5. Febr. 1895 erhält die Gruppe F (forstwirthschaftliche Nebenprodukte, Leuchtstoffe, Fette, Oele und Firnisse) unter Ziffer 10 folgenden Zusatz: Fisch-, Mehl- und Fischthranfabriken. Der Betrieb während der Zeit vom 1. September bis zum 1. März. Diese Ausnahme findet auf das Weihnachtsfest keine Anwendung. Die den Arbeitern zu gewährende Ruhe hat mindestens zu dauern: entweder für jeden zweiten Sonntag 24 Stunden oder für jeden dritten Sonntag 36 Stunden oder, sofern an den übrigen Sonntagen die Arbeitsschichten nicht länger als 12 Stunden dauern, für jeden vierten Sonntag 36 Stunden. Der Reichskanzler ist befugt, Abweichungen hinsichtlich der Dauer der Ruhezeit zuzulassen; dieselbe muß jedoch für jeden Arbeiter mindestens die Gesammtdauer seiner auf die zwischenliegenden Sonntage fallenden Arbeitszeit erreichen. Ablösungsmannschaften dürfen je 12 Stunden nach und vor ihrer regelmäßigen Beschäftigung zur Arbeit nicht verwandt werden. Die denselben zu gewährende Ruhe muß mindestens das Maß der den abgelösten Arbeitern gewährten Ruhe erreichen.

2. Die vorstehende Bestimmung tritt mit dem Tage der Verkündigung in Kraft.

Die Vorlage, betreffend die Zwangsorganisation des Handwerks ist am Donnerstag dem Reichskanzler zugestellt worden. Der Veröffentlichung wird in der nächsten Woche entgegengesehen.

Ueber die Stellung der verbündeten Regierungen zu der Zwangsorganisation des Handwerks weiß die „Post" mitzutheilen, daß auf der Seite der preußischen Vorschläge das Königreich Sachsen, die thüringischen Staaten und die beiden Mecklenburg stehen. Von den süddeutschen Staaten widerstrebt am meisten Württemberg, Bayern schwankt. Es ist nach Ansicht des genannten Blattes nicht unmöglich, daß dadurch, daß die bayerischen Handwerkervertretungen mit ihren Wünschen über das Ziel der preußischen Vorschläge hinausgehen, die Ueberführung dieser Vorschläge in die praktische Wirklichkeit gefährdet wird.

Die Fabrikinspektion in Preußen giebt in ihren Jahresberichten an, daß die Zahl der in den Aufsichtsbezirken des Königreichs beschäftigten Arbeiterinnen über 16 Jahre sich gegen das Jahr 1894 vermehrt hat, und zwar von 287 824 auf 302 628, also um 14 804 oder um etwa 5 pZt. Von der Zunahme entfielen 5695 auf Arbeiterinnen von 16 bis 21 Jahren und 9109 auf Arbeiterinnen über 21 Jahre. Den bei Weitem größten Theil, und zwar 135 253 Arbeiterinnen beschäftigte die Textilindustrie, 46 189 die Nahrungs- und Genußmittelindustrie, 29 995 die Bekleidungs- und Reinigungsindustrie, 20 945 die Papier- und Lederindustrie, 19 556 die Industrie der Steine und Erden und 14 994 die Metallverarbeitung. Auch die Zahl der jugendlichen Arbeiter von 14 bis 16 Jahren hat zugenommen, und zwar von 104 886 im Jahre 1894 auf 110 975, also um 6089 oder etwa 6 pZt. Von der Differenz entfielen auf die männlichen jugendlichen Arbeiter 3476, auf die weiblichen 2613. Von den männlichen jugendlichen Arbeitern beschäftigte die Metallverarbeitung 19,8 pZt., die Industrie der Steine und Erden 14,6 pZt., die Textilindustrie 13,8 pZt. und die Maschinen- und Werkzeugindustrie 13,7 pZt., von den weiblichen die Textilindustrie 41,5 pZt., die Nahrungs- und Genußmittelindustrie 15,9 pZt. und die Gruppe der Bekleidung und Reinigung 10,5 pZt. Die Zahl der in den Fabriken beschäftigten Kinder, die natürlich in Folge der Gewerbeordnungsnovelle vom 1. Juni 1891 fast völlig zusammengeschmolzen war, ist weiter zurückgegangen, nämlich von 827 auf 802. Allerdings entfiel der Rückgang lediglich auf die Kinder männlichen Geschlechts, deren Zahl sich um 58 vermindert hat; die der weiblichen ist um 33 gestiegen. Die Textilindustrie beschäftigte noch 242, die Nahrungs- und Genußmittelindustrie 130 und die Industrie der Steine und Erden 129 Kinder.

Eine Prüfungsstelle im Reichsgesundheitsam für Nahrungsmittel und andere Verbrauchsgegenstände ist von verschiedenen Handelskammern gefordert worden. Wie berichtet wird, ist die Regierung dieser Forderung nicht abgeneigt, für die vielleicht schon im nächsten Reichshaushaltsplan die Mittel verlangt werden sollen.

Endlich einmal ein vernünftiges Urtheil über die Presse und die Journalisten, jedoch kommt dasselbe nicht aus Deutschland, sondern aus — Frankreich. Das Zivilgericht in Versailles nämlich hat in einer gegen einen Redakteur angestrengten Beleidigungsklage einen Freispruch gefällt und in dem betreffenden Urtheil u. A. festgestellt: 1. Daß die Verbreitung verleumderischer Mittheilungen über angebliche Thatsachen an sich nicht die Verantwortlichkeit des Urhebers engagiren kann, so lange diesem die Absicht, zu schaden, ferngelegen habe. 2. Daß kein Schaden dargelegt und gerechtfertigt werden kann, der sich aus der Zusammenstellung von Thatsachen und Anklagen ergäbe, die mit mehr oder weniger Recht von allen Seiten erhoben werden. Außerdem enthält das Urtheil folgende Begründung: In Erwägung, daß die professionellen Anforderungen, die an den Journalisten gestellt werden in Folge der modernen Bedürfnisse außerordentlicher und schneller Information, ihm thatsächlich gewisse Ausnahmen gewähren, wenn bewiesen wird, daß er in seiner Rolle geblieben ist, daß er nicht persönlichen Interessen oder Rachegelüsten Dritter hat dienen wollen, und daß er die ihm mehr oder weniger freiwillig gegebenen Auskünfte nicht gefälscht hat . . ." — Diese Urtheilsbegründung wird von den Pariser Journalisten sehr beifällig aufgenommen, und man hofft, daß ihr Bekanntwerden viele Preßprozesse im Keime ersticken werde. Leider besteht sehr wenig Hoffnung, daß auch in Deutschland in absehbarer Zeit ein Urtheil gefällt wird, das den Verhältnissen der Presse in gleich billiger und gerechter Weise Rechnung trägt.

Zu den Zwistigkeiten unter den Antisemiten. Hans v. Mosch fährt fort, in seiner „Dtsch. Reform" den „Einigkeitsschwindel" der Antisemiten zu beleuchten; er schreibt:

> Die Agitation wird „raubbaumäßig", nicht systematisch betrieben! Die auf Honorare angewiesenen Redner sprechen nicht dort, wo es nöthig ist, sondern dort, wo man Honorare zahlen kann. Die kleinen Vereine, namentlich die in der Provinz, können in Folge dessen nicht wachsen, und die großen Vereine werden durch zum Theil weit übertriebene Forderungen in Schulden gestürzt und langsam zu Grunde gerichtet."

Wieder wird dann Liebermann v. Sonnenberg angegriffen:

> „Herr v. Liebermann hat immer behauptet, nur Ahlwardt und Dr. Böckel seien daran schuld, daß die Partei nicht gedeihe; nun, A. und B. sind längst hinaus aus der Bewegung, nicht zum wenigsten hinausgedrängt durch Herrn v. Liebermann; aber gerade seitdem Herr v. L. unumschränkter Diktator ist und selbst Herrn Zimmermann anscheinend „müde" gemacht hat, ist die antisemitische Partei mächtig bergab gegangen! Wir wollen Rektor Ahlwardt und Dr. Böckel als Menschen durchaus nicht in Schutz nehmen, als Politiker aber verfolgten sie eine Richtung, die der Bewegung tausendmal dienlicher war als die des Herrn v. Liebermann!"

Auf die früheren Angriffe des Herrn von Mosch hat die „Staatsb. Ztg." im „Briefkasten" geantwortet. Mosch werde „ja schon längst von Niemandem, der ihn kennt, mehr ernst genommen. Solche Ausbrüche verletzter persönlicher Eitelkeit können doch nur lächerlich erscheinen." Darauf antwortete das antisemitische Organ „Freidschl." vom 14. Juni wieder:

> „Die Ausführungen der betreffenden Zeitung sind denn doch nicht ohne Weiteres zutreffend. Es nehmen sehr viele Leute jenen Herrn sehr ernst und, was er schreibt, ist zum Theil nur allzu wahr. Es nützt nichts, den Kopf in den Sand zu stecken, und vor allem hat nicht ein einzelnes Blatt, zumal eins, das die Parteigrundsätze nicht einmal am eigenen Leibe durchführt, ein Recht, eine derartige Sprache zu führen."

Auch die ultramontane „Köln. Volksztg." unterzieht den Verfall des Antisemitismus einer Betrachtung.

Als Ursache des Verfalles werden angegeben: Mangel an Einigkeit, Mangel an tüchtigen Führern und zu große programmatische Einseitigkeit. „Der Antisemitismus ist ein Gericht, das nicht fortwährend servirt werden kann; immer Rebhuhn schmeckt nicht. Die Oeffentlichkeit beschäftigt sich auch noch mit anderen Dingen; die Politik hat noch mehr Probleme als die Judenfrage."

Ueber die Vorkämpfer der Partei wird gesagt:

„Sie haben nicht einen einzigen Politiker und Parlamentarier ersten Ranges aufzuweisen. Unter seinen Parteigenossen ist freilich Herr v. Liebermann König wie der Einäugige unter den Blinden — aber was ist Herr v. Liebermann? Als Volkredner nicht übel, kann er als Parlamentarier anderen Parteiführern doch das Wasser nicht reichen. Dazu steht er in seiner krypto-konservativ-reaktionären Gesinnung ziemlich isolirt da — so viel Mühe er sich auch neuerdings giebt, den „Oppositionsmann"

herauszukehren. Den „Radau" bei dem Bürgerlichen Gesetzbuch hat er doch nur auf einen Wink aus der Nähe von Hamburg (Bismarck. (Red. d. L. V.) gemacht und ganz sicher keine Ehre damit eingelegt."

„Man könnte nur noch fragen, wer der Erbe der antisemitischen Partei nach ihrem Zusammenbruch sein wird. Es ist wohl möglich, daß ein kleiner Theil der antisemitischen Wähler von den Konservativen zurückgenommen wird. Im Allgemeinen ist aber eine solche „Rück-Entwicklung" gegen die politische Erfahrung; eine Bewegung pflegt vielmehr auf Grund der ihr eigenen Trieb- und Schwer-Kraft vorwärts zu stürmen und sich bis in ihre letzten Konsequenzen zu entwickeln. So wird wahrscheinlich der Kampf gegen den jüdischen Kapitalisten sich zum Kampf gegen den Kapitalisten schlechthin erweitern, und damit ist besiegelt, daß die Sozialdemokratie die Haupterbschaft antritt."

Das ist nicht „wahrscheinlich", sondern ganz gewiß!

Der Verbrauch von Bier innerhalb des deutschen Zollgebietes (einschl. Luxemburg) wird für das Jahr 1894/95 für den Kopf der Bevölkerung auf 106,9 Liter berechnet gegen 108,5 Liter im Jahre 1893/94. Es ist daher, nachdem der Verbrauch seit dem Jahre 1879/80 mit 82,8 Liter bis zum Jahre 1893/94 auf 108,5 Liter gestiegen war, ein Rückgang von 1,6 Liter auf den Kopf der Bevölkerung festzustellen. Dieser Rückgang ist jedoch nicht in allen Theilen Deutschlands gleichmäßig. Es betrug der Verbrauch an Bier im Brausteuergebiet 1894/95 89,1 (1893/94 91,1) Liter, Württemberg 170,6 (171,0) Liter, Baden 101,8 (102,1) Liter und in Elsaß-Lothringen 68,1 (70,5) Liter für den Kopf der Bevölkerung. In Bayern hat sich der Bierverbrauch dagegen in dem nämlichen Zeitraume erhöht: es wurden dort 224,2 Liter Bier (1893/94 222,6 Liter) für den Kopf verbraucht, eine Menge, die noch immerhin erheblich hinter dem für das Jahr 1876 mit 247,8 Liter ermittelten Durchschnittsverbrauche zurückbleibt.

Die Stadtverordneten in Gießen haben die Einrichtung eines Arbeitsnachweises beschlossen. Der Nachweis ist für alle Betheiligten unentgeltlich, die Kosten der Einrichtung und Unterhaltung trägt die Stadt. Bei Streitigkeiten, welche zu Arbeitseinstellungen führen, stellt der Arbeitsnachweis seine Thätigkeit für die Betheiligten ein, sobald das dafür zuständige Gewerbegericht oder die Deputation für den Arbeitsnachweis auch nur von einem der streitenden Theile als Einigungsamt angerufen wird.

Der 43. Katholikentag findet vom 23. bis 27. Aug. in Dortmund statt. Die Einladung wird vom Lokalkomitee in Dortmund bereits erlassen. Darin heißt es, daß der Zeit und dem Ort der Generalversammlung entsprechend die soziale Frage den Mittelpunkt der diesjährigen Verhandlungen bilden werde.

Italien.

Die Ministerkrisis ist noch gar nicht beendet — das ist das Neueste aus und über Italien. Die Ernennung Visconti-Venostas, welche schon die Bewilligung des Königs hatte, ist plötzlich in Frage gestellt. Es wird über die Köpfe der Minister hinweg gekämpft — und zwar um den Dreibund. Die Rückkehr Crispis wird geplant. Ob das Spiel gelingen wird? In Italien sind die Zustände so zerrüttet, daß alles möglich ist. Aber es wäre ein gefährliches Spiel. Wie sagte doch Mazzini? „Crispi ist der letzte Minister der Savoyer Dynastie."

Auf der Börse fallen die italienischen Papiere — man macht sich auf Stürme gefaßt.

Spanien.

Eine wundersame und erfreuliche Kunde kommt aus dem Lande der Kastanien. Die Frauen streiken gegen den Krieg. Aus Saragossa meldet man nämlich:

„Die Mütter der nach Kuba abgehenden Soldaten haben Protestschriften gegen die Truppensendungen eingereicht; man glaubt, daß dies Vorgehen durch Agenten der kubanischen Freibeuter veranlaßt ist. Die Regierung ist entschlossen, gegen die Anstifter thatkräftig vorzugehen."

Also die Mütter! Bravo! Ein Streik der Frauen gegen den Krieg ist tausendmal vernünftiger, als der Nieuwenhuis'sche Soldatenstreik. Und wirksam, wenn er um sich greift. Denn was die Frau will, das will Gott!! — sagt ein französisches und ein spanisches Sprichwort. Lächerlich, daß die Regierung nach „Anstiftern" sucht. Ebenso unvernünftig wäre es, die „Anstifter" zu suchen, wenn ein Vulkan seinen Flammenstrom ausgießt. Hier ist die Natur die „Anstifterin" und Verschwörerin. Und die Natur hat noch keiner in Ketten gelegt.

Türkei.

Die kretensische Angelegenheit hat wieder ein bedenklicheres Ansehen gewonnen in Folge der wiederholten Angriffe, die durch die türkischen Truppen auf die Aufständischen gemacht wurden. Da für den Zusammentritt der Nationalversammlung ein Waffenstillstand ausbedungen war, haben nunmehr die Vertreter der Mächte in Konstantinopel abermals intervenirt. Auf Grund einer Konferenz der Botschafter haben die Dragomane der Botschaften bei der Pforte wegen der Verletzung des Waffenstillstandes auf Kreta Vorstellungen erhoben, sowie dem Verlangen Ausdruck gegeben, daß der Generalgouverneur die Verfügungen des Militär-Kommandanten in diesem Sinne beeinflusse. Ferner wurden die Konsuln auf Kreta angewiesen, ihren Einfluß bei den christlichen Deputirten und über Epitropie zur Annahme der türkischen Zugeständnisse anzuwenden, da die Mächte für Mehrforderungen, welche außerhalb des Rahmens des Vertrages von Haleppa lägen, nicht eintreten könnten. Gleichzeitig wurden seitens der Mächte Schritte gethan, um die griechische Regierung zu der Anordnung zu veranlassen, daß sich ihr Generalkonsul in Kanea dem Vorgehen der anderen Konsuln anschließe. Wenn somit auch die Botschafter sich bemühen, durch Ermahnungen nach allen Seiten die Parität zu wahren, so müssen doch alle diese Vorgänge das Mißtrauen der Kretenser gegen die türkische Regierung und ihre Hoffnung auf die schließliche Unterstützung ihres Befreiungsversuchs durch die Mächte verstärken.

Lübeck und Nachbargebiete.

21. Juli.

Der Volksfestzug soll in diesem Jahre nicht so umfangreich wie sonst gewesen sein. Die „Eisenb.-Zeitung" glaubt nun, dieses auf den Einfluß des Gewerkschafts-Kartells auf die organisirten Arbeiter zurückführen zu müssen. Diese Annahme ist grundverkehrt, denn ebenso wenig wie politische Einflüsse das Volksfest beeinträchtigen, thut es das Gewerkschaftskartell. Die Arbeiter ohne Unterschied ihrer politischen Parteistellungen, betheiligen sich gemeinsam mit der ganzen übrigen Bevölkerung und den in Masse herbeiströmenden Fremden an dem Volksfest, und wir wollen hier gleich vorweg konstatiren, daß das Volksfest jeden Lübecker ans Herz gewachsen ist und daß auch der große Geldumsatz einen lohnenden Verdienst für Manchen mit sich bringt. Wenn nun trotz diesem die gewerkschaftlich-organisirten Arbeiter sich an dem Festzug nicht betheiligen, so müssen Gründe vorliegen, die diese ablehnende Haltung zu rechtfertigen geeignet sind. Sollte nun die „E.-Z." diese Gründe wirklich nicht kennen? Sollte sie gar nicht wissen, weshalb die erste und größte Gewerkschaft, die der Schiffszimmerleute, schon vor nunmehr bald fünfundzwanzig Jahren, also zu einer Zeit, wo an ein Gewerkschaftskartell noch gar nicht gedacht worden ist, und wo auch schlechterdings noch nicht von politischen Einflüssen die Rede sein konnte, dem Festzuge fernblieben? Die Herren mögen doch einmal in ihren Jahrgängen nachschlagen. Es war zur Zeit, als für den Schiffszimmermann Mews der Königschuß abgegeben worden und er, der „König", nun im folgendem Jahr, ganz dem alten Brauch zuwider, nicht in der „Staatskarosse" gefahren wurde, sondern wie andere sterbliche Menschen auch per pedes laufen mußte. Heute lachen wir darüber, aber damals, wo der alte Zunftgeist noch die Arbeiter beherrschte, war diese Mißachtung des Arbeitskittels eine tödtliche Beleidigung und alle Ueberredungskünste haben bei den Schiffszimmerleuten nichts gefruchtet. Sie sind zu stolz gewesen, sich noch einmal am Festzuge zu betheiligen und erst im August 1886 sahen wir die mächtige Fahne dieses Gewerks im Festzuge des Gewerkschaftsausfluges nach Israelsdorf wieder. Sie hat von da an auch nie mehr gefehlt, weder bei den Gewerkschafts-, noch bei den Maifestzügen. Wer trug nun die Schuld? Einzig und allein das Fest-Komitee und nicht politische Einflüsse oder das Gewerkschaftskartell ꝛc. Was trat nun weiter ein? Folgendes: Auch Lübecks Arbeiter hatten sich der großen sozialen Bewegung im Laufe der Jahre immermehr zugewandt. Sie waren Sozialdemokraten geworden und kämpften auf Grund der Gewerbeordnung vermittelst des Koalitionsrechts und des Stimmzettels für die Besserstellung und für die Erweiterung ihrer politischen und sozialen Rechte. Was geschah aber nun? Von der Festtribüne herab nahm der Festredner alljährlich die Gelegenheit wahr, die Arbeiter auf das gröblichste zu beleidigen, indem er der Bewegung Tendenzen unterlegte, die längst von der Wissenschaft und von der öffentlichen Meinung widerlegt worden waren. Daß diese nicht hinwegzuleugnenden Thatsachen geeignet waren, die Arbeiter immermehr dem offiziellen Theil des Festes zu entfremden; wer möchte es bestreiten? Wiederum war es aber das Festkomitee, welches die veränderten Verhältnisse nicht zu würdigen verstand und es auch längst vergessen zu haben scheint, daß das Fest in Nichts mehr als in der großen Bewegung von 1848 wurzelt und im richtigen Sinne ein Revolutionsfest ist. Dem Feste im Jahre 1871 diesen Charakter zu entkleiden, war ein weiterer Fehler des Fest-Komitee's. — Die Arbeiter haben dann, als man fort und fort versuchte die organisirten Arbeiter für den Rückgang des Festes verantwortlich zu machen, an das Komitee die Forderung gestellt, einen Arbeiter, welcher durch Wahl der Gewerkschaften dazu bestimmt, mit in das Komitee aufzunehmen. Dieses wurde natürlich, wie auch gar nicht anders zu erwarten war, strikte abgelehnt, und so mit ein weiterer Nagel in den Sarg des Volksfestes geschlagen. Aber selbst, wenn dieses alles nicht zutreffen würde, so würde es dennoch den bei weitem größten Theil der Arbeiter unmöglich sein, sich, sowie es sich gehört, nämlich als vollberechtigte Theilnehmer und nicht als Mitläufer und Statisten an dem Festzuge zu betheiligen und zwar aus pekuniären Gründen. Uns ist glaubhaft versichert worden, daß alles in allem die Betheiligung auf gegen fünf Mark zu stehen kommt; daß diese Summe schwer für einen Arbeiter zu entbehren ist, und wer mag das bestreiten? Zum Statisten giebt sich aber heute kein organisirter Arbeiter mehr her. Um nun noch zum Schluß zu zeigen, mit welch' blindem Haß die Herren vom Komitee gegen die organisirten Arbeiter beseelt sind, möge noch Folgendes angeführt werden: Seit mehr wie zwei Jahren haben die Arbeiter hier ihre eigene Presse. Das Komitee scheint dieses ebensowenig wie das vorjährige Ausstellungskomitee zu wissen, denn keine Zeile über das Arrangement, über die Stellen, wo Festkarten ꝛc. zu entnehmen sind, keine Aufmunterung und wenn auch nur die geringste, ist der Redaktion zugegangen und diese hat deshalb auch gar keine Veranlassung gehabt, die Feder in die Tinte zu tauchen und für ein „Volks"fest Propaganda zu machen, wo man das Volk mit einer so offenkundigen Geringschätzung behandelt. Das Volk aber merkt die Absicht des Festkomitees und wird verstimmt. Will man die 50jährige Wiederkehr des Volksfestes würdig und großartig im Jahre 1898 begehen, dann gebe man dem Feste seinen früheren Charakter wieder und besetze das Komitee mit Männern, die den Pulsschlag der Zeit verstehen und vor Allem mache man den Arbeitern die Konzession, einige ihrer Genossen im Komitee aufzunehmen. Kann man sich hierzu entschließen, dann werden sich alle Gewerkschaften am Festzuge als vollberechtigt in ernster, würdiger Weise betheiligen. Keine einzige Gruppe wird fehlen. Will man dieses aber nicht, dann geht das Fest allmälig seinem seligen Ende entgegen und wird im Jahre 1898 gewiß zu Grabe getragen werden. Daran sind dann aber nicht die Arbeiter schuld, sondern einzig und allein ein Festkomitee, welches so altersschwach und hinfällig geworden ist, daß es seine Zeit nicht mehr begreifen kann. Wir weinen dem Feste dann auch keine Thräne nach!

Auktion im Leihhause. Am Montag, den 10. und Dienstag, den 11. August wird im städtischen Leihhause Auktion gehalten über verschiedene Hausgeräthe, Mobilien, Kleidungsstücke, Bettzeug, Leinenzeug, goldene und silberne Uhren, andere Gold- und Silbersachen u. s. w. Die gewöhnliche Prolongation kann nur bis Sonnabend den 25. Juli stattfinden. Bei Prolongationen nach dem letztgenannten Tage und bis Mittwoch den 5. August ist die in der Leihhaus-Ordnung vorgeschriebene Extra-Gebühr zu entrichten. Nach dem 5. August werden keine Prolongationen verfallener Pfandscheine gewährt. Während der Auktions-Tage, sowie am Sonnabend vor der Auktion, ist das Geschäftszimmer Nachmittags von 2 bis 4 Uhr geöffnet.

Adressirung von Sendungen für Soldaten. Die militärischen Herbstübungen haben bereits begonnen und es sei deshalb darauf aufmerksam gemacht, daß auf eine sichere unverzögerte Beförderung der an die außerhalb der Garnison befindlichen Offiziere, Beamten, Mannschaften ꝛc. des jeweiligen Truppentheils gerichteten Postsendungen nur dann zu rechnen ist, wenn sie eine genaue und deutliche Aufschrift tragen. Zur genauen Aufschrift gehört außer der Angabe des Namens und Dienstgrades des Empfängers die Bezeichnung des Truppentheils — Regiment, Bataillon, Kompagnie, Eskadron, Batterie ꝛc. — und was besonders wichtig ist, die Angabe des ständigen Garnisonortes des Empfängers. Nur wenn dieser auf den Sendungen verzeichnet ist, vermögen die Postanstalten die Zuführung der Sendungen an den Empfänger ohne Zeitverlust zu bewirken. Die Adressirung muß demnach im Wesentlichen so erfolgen, als ob der Empfänger seine Garnison nicht verlassen hätte. Die Angabe „im Manöverterrain" oder die Bezeichnung eines Marschquartiers als Bestimmungsort ist zu vermeiden. Sendungen, die aus dem Garnisonorte selbst abgegeben, sind zweckmäßig gleichfalls mit dem Namen des Garnisonortes zu bezeichnen. Die Post ist über den jeweiligen Aufenthalt des in Frage kommenden Truppentheils in der Regel so unterrichtet, daß sie eine prompte Expedition des Aufgegebenen, falls vorstehende Angaben berücksichtigt sind, vornehmen.

Durch Explosion eines Benzinbehälters wurde am Montag Morgen der den Motor auf dem Motorboot „Cisita" bedienende Arbeiter Geertz erheblich an den Armen verbrannt. Die Explosion ist durch Schließung des Auspuffrohres und gleichzeitiger Oeffnung des Benzinzuflußrohres erfolgt. Letzteres darf nicht während der Fahrt, sondern nur beim Stilliegen erfolgen und müssen die Lampen vorher gelöscht sein. Mehreren Arbeitern der Firma Gosmann u. Jürgens gelang es, die hoch aus dem Schiffe emporlodernden Flammen durch Ueberwerfen von Zeug und Begießen mit Wasser zu ersticken.

Morgen Abend findet im Lokale „Louisenlust" eine Versammlung der Werftarbeiter statt, worauf wir hiermit aufmerksam machen.

Ein gutes Geschäft machte am ersten Volksfesttage die Straßenbahn-Gesellschaft. Sie beförderte 18 095 Personen mit einer Einnahme von 1805,70 Mk.

Ein geisteskranker Schuhmacher wurde am 19. in der Arnimstraße in völlig nacktem Zustande festgenommen. Derselbe soll bereits schon früher in einer Irrenanstalt gewesen sein.

Als verirrt wurden am ersten Volksfesttage 25 Kinder auf der Polizeiwache eingeliefert. Alle wurden von ihren Angehörigen alsbald wieder abgeholt.

Die Trunkenheit brachte am ersten Volksfesttage acht Personen in das Marstallgefängniß.

Schlägerei. Am Sonntag Nachmittag entstand zwischen zwei Arbeitern an der Untertrave ein Streit. Einer derselben verletzte seinen Gegner nicht unerheblich mit einem zugeklappten Taschenmesser an der Unterlippe. Es ist dieserhalb Untersuchung wegen Körperverletzung gegen den Thäter eingeleitet.

Ein unverbesserlicher falscher Kriminalbeamter scheint ein hiesiger Kommis zu sein. Nachdem derselbe erst kürzlich wegen ähnlichen Vergehens von dem hiesigen Schöffengerichte bestraft worden ist, hat er es schon wieder einmal unternommen, unter dem Vorgeben, daß er Kriminalbeamter sei, sich bei einem hiesigen Geschäftsinhaber Kredit zu verschaffen. Er wird sich dieserhalb wegen Betruges und Vorspiegelung falscher Thatsachen zu verantworten haben.

Verhaftet wurde am Sonntag ein Ziegelarbeiter, der sich in einem Zelte am Burgfelde ungebührlich benommen

hatte. Bei seiner Verhaftung widersetzte sich derselbe derartig, daß mehrere Schutzleute zur Bändigung des Renitenten in Anspruch genommen werden mußten. Er wurde dem Marstallgefängniß übergeben.

Ferienstrafkammer. Sitzung vom 18. Juli 1896. Wegen Beleidigung des Lehrers H. durch einen wenig anständigen Brief hatte das Schöffengericht den Schuhmacher N. von hier zu 30 Mk. Geldstrafe eventl. 6 Tage Gefängniß verurtheilt. Die von N. gegen dieses Urtheil eingelegte Berufung wurde jedoch von der Strafkammer verworfen. — Unter Ausschluß der Oeffentlichkeit wurde der Arbeiter J. Sch. aus Gr. Meinsdorf zu einer Zuchthausstrafe von 1 Jahre verurtheilt, weil er sich eines Verbrechens, strafbar nach § 173 Abs. 1 des Str.-G.-B. schuldig gemacht hatte. — Das Dienstmädchen Louise Sophie Dorothea O., welche schon mehrfach wegen Diebstahls vorbestraft ist, hatte sich abermals wegen zweier Diebstähle zu verantworten. Die Angeklagte war geständig, am 14. Juli aus dem von ihr aufzuräumenden Zimmer des Fräulein M. ein Hemde und am 18. Juni der Tochter ihrer Dienstherrschaft einen Umhang gestohlen zu haben. Das Gericht verurtheilte sie wegen Diebstahlsverbrechen in zwei Fällen zu einer Gesammtstrafe von 9 Monaten. — Wegen Vergehens, strafbar nach §§ 240, 47 des Straf-Gesetz-Buches waren der Schmiedemeister H. und mit ihm der Schlachter B. angeklagt. H. hatte dem Malermeister T. in Krempelsdorf einen Wagen zum Anstreichen übergeben. Die Kosten (40 Mark) sollten anfangs auf eine Rechnung verrechnet werden, die H. an den T. hatte. Später aber soll H. dem T. versprochen haben, den Betrag baar zu bezahlen, wenn er den Wagen bis zum Verkaufe in seiner Remise behielte. So blieb dann der Wagen ziemlich ein Jahr bei T. stehen. Als H. nun den Wagen holen wollte, verweigerte T. die Herausgabe und verlangte erst das Geld. Hierauf wandte H. mit Unterstützung des B. Gewalt an, wobei er gleichzeitig noch den T. mißhandelte. So gelangte H. dann schließlich in den Besitz des Wagens. Das Gericht erkannte H. der Nöthigung und Körperverletzung, B. dagegen nur der Nöthigung schuldig. Ersterer erhielt hierfür 3 Wochen und Letzterer 1 Woche Gefängniß. — Der Kaufmann J. K. W. Sch. hatte sich wegen leichtsinnigen Bankerotts zu verantworten. S. war angeklagt, daß er, obwohl er sein hiesiges Geschäft bereits im Jahre 1889 gründete, erst im Jahre 1894 anfing, Bilanzen und dazu noch unvollkommen zu ziehen, wodurch er seine Gläubiger schädigte. Der Staatsanwalt beantragte 1 Woche Gefängniß. Das Gericht ging über diesen Antrag hinaus und erkannte auf zwei Wochen.

Oldesloe. Ertrunken ist am 16. Juli in der Trave der 21jährige Posteleve H. Barkmann. Derselbe hatte seine Oberkleider, 21 Mark an Geld und Uhr auf seinen Hanostock unweit der Trave gehangen und fand man dorten die Sachen. Die Leiche des verunglückten wurde Tags darauf geborgen.

Rostock. Wo liegt das Paradies der wissenschaftlichen Unschuld? Um hinter diese verblüffende Räthselfrage zu kommen, lese man folgenden Artikel des „Mecklenburgischen Schulblattes" über den naturgeschichtlichen Unterricht: „Hüte Dich vor dem ersten Schritte! Noch stehst Du da unberührt von dem falschen Götzen der Wissenschaft. Hast Du diesem Satan erst den kleinen Finger gegeben, so erfaßt er nach und nach die ganze Hand, Du bist ihm rettungslos verfallen, mit geheimnißvoller Zauberkraft umgarnt er Dich und führt Dich hin an den Baum der Erkenntniß, und hast Du einmal davon gekostet, so zieht er Dich immer wieder mit magischer Gewalt zu dem Baume zurück, ganz zu erkennen, was wahr und was falsch, was gut und was böse sei. Wahre Dir das Paradies Deiner wissenschaftlichen Unschuld!"

Jetzt ist die Antwort klar: Das Paradies der wissenschaftlichen Unschuld sind die Schulen, deren Heimathsland den Ochsenkopf mit dem Nasenringe im Wappen führen.

Versammlung der Bürgerschaft.

Sitzung vom 20. Juli.

Um 10½ Uhr eröffnete der Wortführer Dr. Sommer die Versammlung der Bürgerschaft. Nachdem die Beschlußfähigkeit der Bürgerschaft festgestellt war, wurde zu Punkt 1 der Tagesordnung, Wahl von 15 Mitgliedern des Bürgerausschusses geschritten. Es wurden gewählt: Alm, Dr. Gädeke, Kapt. Heitmann, Dr Eschenburg, Lauenstein, Prof. Müller, Thiel, Burmester, F. W. Schwartzkopf, Meeths, Radbruch, Gusmann und Kommerzienrath Scharff.

Hierauf theilte Senator Dr. Brehmer zunächst die vom Senat im Einvernehmen mit dem Bürgerausschuß gefaßten Beschlüsse mit. Der erste Senatsantrag, Neuordnung der Beamtenverhältnisse lautete: Seit dem im Februar 1894 erfolgten Tode des Oberbeamten Otto Haltermann ist dessen Stelle bei dem Stadt- und Landamte nicht mehr definitiv besetzt, sondern einstweilen offen gehalten und mit Genehmigung des Senates die Wahrnehmung der mit derselben verbundenen Obliegenheiten einem auf Kündigung stehenden, juristischen Hülfsarbeiter übertragen worden. Die Veranlassung zu solchem Provisorium ergab die durch Uebertragung der freiwilligen Gerichtsbarkeit auf das Amtsgericht hervorgerufene Einschränkung des Geschäftskreises für das Stadt- und Landamt und der Wunsch, zunächst durch die Erfahrung festgestellt zu sehen, ob derselbe dennoch so umfänglich geblieben sei, daß die Wahrnehmung der Geschäfte auch ferner zwei Oberbeamte erheische. Das Ausscheiden des derzeitigen juristischen Hülfsarbeiter Gerichtsassessors Voigtel zum 15. August d. Js. in Folge seiner Wahl zum Syndikus und Beigeordneten der Stadt Glogau hat es dem Stadt- und Landamte nahe gelegt, die Frage wegen der Neuordnung der Beamtenverhältnisse erneuerter Prüfung zu unterziehen. Nach Ausweis des hierneben abgedruckten Berichtes vom 17. Juni d. Js. ist das Stadt- und Landamt auf Grund der gemachten Erfahrungen zu der Ueberzeugung gelangt, daß sich empfehlen werde, die Stelle eines zweiten Oberbeamten eingehen zu lassen, die gesammte Oberleitung in einer Hand zu vereinigen und dem einen Oberbeamten einen ihm unterstellten, den übrigen Beamten aber vorgesetzten höheren Subaltern-Beamten zu seiner Hülfe und Vertretung beizugeben. Als Gehalt für diesen Beamten hat das Stadt- und Landamt 3000 Mark steigend bis zu 4000 Mark nach Klasse XI des Beamten-Besoldungsetats vorgeschlagen und darauf hingewiesen, daß es einer Wiederbesetzung der ebenfalls bisher offen gehaltenen Stelle eines Kanzlisten zweiter Gehaltsklasse nach den gemachten Erfahrungen nicht bedürfe, sie vielmehr gleichfalls werde eingezogen werden können.

Nach reiflicher Prüfung kann der Senat mit diesen Vorschlägen, welche zugleich eine erhebliche Verminderung der Gehaltszahlungen herbeiführen, sich einverstanden erklären.

Er verstellt daher, mit Beziehung auf die Ausführungen im Berichte des Stadt- und Landamtes, zur Mitgenehmigung der Bürgerschaft den Antrag:

daß unter Einziehung der Stellen eines zweiten Oberbeamten und eines Kanzlisten zweiter Gehaltsklasse (Art. 25, 1 b und g des Staatsbudgets für 1896/97) bei dem Stadt- und Landamte ein Bureaubeamter mit einem Gehalte von Mk. 3000 steigend bis Mk. 4000 nach Klasse XI des Beamten-Besoldungs-Etats angestellt und das Stadt- und Landamt ermächtigt werde, das Gehaltserforderniß für ihn für das laufende Rechnungsjahr 1896/97 aus den auf jenem Art. 25, 1 b und g eintretenden Ersparungen, Rechnungsablage vorbehältlich, zu decken.

Der Bürgerausschuß hat sich gutachtlich für die Mitgenehmigung dieses Antrages durch die Bürgerschaft ausgesprochen.

In der Debatte nahm B.-M. Wichmann Veranlassung auf zwei Zeitungsartikel hinzuweisen, in denen ausgesprochen war, daß nicht ein eingearbeiteter Beamter, sondern eine andere Persönlichkeit diese Stellung erhalten solle. Redner glaubt, daß dadurch die bisher beim Stadt- und Landamt beschäftigten Beamten in ihrem Avancement benachtheiligt würden und ersuchte den Senatskommissar Auskunft zu ertheilen, ob diese Zeitungsartikel richtig seien. Herr Senator Dr. Fehling erklärte, daß er zu jeder sachlichen Auskunft bereit sei, doch müsse er es zu seinem Bedauern ablehnen, die Personenfrage, die durchaus nicht mit dem Gesetze im Zusammenhange stehe, zu erörtern. Die Personenfrage sei lediglich Sache der Behörde, die sie vorzubereiten, und des Senates, welcher die Wahl der Person treffe.

B.-M. Dr Wichmann erwiderte, er habe keinen Vorwurf gegen irgend eine Behörde machen wollen. Er hätte nur Auskunft haben wollen, ob die Zeitungsberichte richtig seien. Gleichzeitig hätte er auch eine ausführliche Begründung gewünscht, ob die neue Stelle nothwendig sei.

Herr Senator Dr. Fehling erklärte hierauf den Antrag, worauf derselbe alsdann einstimmig angenommen wurde.

Nunmehr ging man zum zweiten Senatsantrag:

Nachbewilligung von Mk. 2110,76 zu den Kosten der Baggerung im todten Travenarme vor der Schiffswerft von H. Koch.

daß der Baudeputation der Mehraufwand für die Ausbaggerung des todten Travenarmes vor dem Werftgrundstücke von Henry Koch über die bewilligten Mk. 4500 hinaus in Höhe bis zu Mk. 2110,77 — Rechnungsablage vorbehältlich — nachträglich bewilligt und diese Summe auf Abschnitt XIV des Staatsbudgets für 1896/97 angewiesen werd.

Der Bürgerausschuß hat sich gutachtlich für die Mitgenehmigung dieses Antrages durch die Bürgerschaft ausgesprochen.

B.-M. Dr. Brehmer bat bei dieser Gelegenheit um Auskunft über die Vergebung der Kanalarbeiten.

Senator Dr. Klug theilte nun wörtlich Folgendes mit: „Ich bin in der Lage, die auch anderweitig bereits bekannt gegebene erfreuliche Thatsache zu bestätigen, daß es gelungen ist, wegen Ausführung der Arbeiten und Lieferungen für den Bau des Elbe-Trave-Kanals mit zwei der berühmtesten deutschen Unternehmer Vehring-Hamburg und Holzmann u Co. in Frankfurt a./M. günstige Vertragsabschlüsse, welche den Voranschlag nicht überschreiten, abzuschließen. Die Behörde hat dabei allerdings Anträge, welche für beide Loose die Herstellung noch unter dem Voranschlage offerirten, da diese Offerten keine Garantien boten, unberücksichtigt gelassen. Durch die jetzt vollzogenen Vertragsabschlüsse erscheint die technisch beste Ausführung des Werkes sicher gestellt und die rechtzeitige Fertigstellung bis Ende des Jahres 1899. Vering ist der Bau der Strecke von Lübeck bis Mölln, der Firma Ph. Holzmann u. Co. ist der Bau der Strecke von Mölln bis zur Elbe übertragen. Der Beginn der Arbeiten steht unmittelbar bevor. Vering wird für den Rest dieses Sommers die nächste Umgebung der Stadt noch schonen können; der Bau auf Lübeckischem Gebiet beginnt bei Crummesse."

B.-M. Dr. Wichmann fragte hierauf nach dem Stand der schon 2 Jahre alten Bahnhofsfrage.

Senator Dr. Brehmer erwiderte kurz, daß dem Senate bis jetzt noch keine Zeichnungen eingereicht worden seien.

Hierauf wurde der Antrag angenommen.

Punkt 3 des Senats-Antrages:

Aufstellung der Nebelsignalkanone und Erbauung eines Pulvermagazins auf dem Privall,

zog eine einigermaßen d. h. den vorangegangenen Anträgen gegenüber lebhaftere Debatte nach sich.

Der Senat hat nämlich, obgleich leider die von der veränderten Aufstellung der Kanone erhoffte Beseitigung der den Bewohnern Travemündes durch die Signalschüsse ewachsenden Belästigung anscheinend nicht zu erzielen sein wird, auch nach dem Urtheile der Handelskammer die Einstellung des Betriebes der Kanone während der Badezeit nicht zulässig erscheint, und obwohl ferner die jährlichen Betriebskosten bei der beabsichtigten Verdoppelung der Anzahl der Schüsse voraussichtlich sich von Mk. 2000 auf etwa Mk. 3000 erhöhen dürften, sich doch in dem nachgewiesenen Interesse der Schifffahrt, das in diesem Falle vorangestellt werden muß, mit den Vorschlägen der Baudeputation, insbesondere auch im Hinblick auf die Beseitigung offensichtlich vorhandener Gefahren mit der Errichtung eines besonderen Pulvermagazins an der von der Baudeputation angegebenen Stelle, einverstanden erklären zu sollen geglaubt und verstellt daher, im Einzelnen auf die Anlagen verweisend, zur Mitgenehmigung der Bürgerschaft:

daß der Baudeputation zur Herstellung eines Gebäudes für die Nebelsignalkanone und Erneuerung der Bake auf dem Privall, sowie eines Pulvermagazins daselbst nach Maßgabe des Projektes und Kostenanschlages des Wasserbauinspektors Krebs vom 23 November 1895 der Betrag von Mk. 10900 — soweit erforderlich und Rechnungsablage vorbehältlich — bewilligt und die Summe auf Artikel XIV des Staatsbudgets für 1896/97 angewiesen werde.

Der Bürgerausschuß, dem dieser Antrag zur gutachtlichen Erklärung unterbreitet worden ist, hat nun zwar ausweise seines Protokolls vom 8. Juli d. Js. beschlossen, dem Antrage seiner Kommission gemäß, der Bürgerschaft die Ablehnung des Senatsantrages zu empfehlen damit begründet, daß er nach den bisher mit der Nebelsignalkanone gemachten Erfahrungen die Ueberzeugung gewonnen habe, daß die Kanone der Schiffahrt einen erheblichen Nutzen nicht gewähre. Der Senat muß jedoch bei dem entgegenstehenden Erachten der Handelskammer und des nautischen Vereins, welche die Aufstellung und die Inbetriebsetzung der Kanone auf dem Kopf der Südermole am Privall für zweckmäßig erklären, und ungeachtet der daraus erwachsenden Kosten eine Entscheidung der Bürgerschaft für wünschenswerth halten.

Sollte auch die Bürgerschaft dem Senatsantrage nicht zustimmen, so würde der Senat, da die derzeitige Aufstellung der Kanone und deren Betrieg von dem ursprünglich dafür gewählten Inventarienschuppen beim neuen Lootsenhafen aus sich nicht bewährt hat, auch dort die Lagerung größerer Vorräthe von Pulver auf die Dauer unzulässig erscheint, die Baudeputation anweisen, den Betrieb einzustellen und die Herstellung einer anderweitigen Einrichtung in Travemünde zum Zweck der Erleichterung des Einlaufens von Schiffen in den dortigen Hafen bei Nebelwetter in Erwägung zu ziehen.

B.-M. Direktor Schacht beantragt, die Verweisung des Antrages an eine Kommission, wodurch vielleicht auch die Frage der Befeuerung der Trave und die elektrische Beleuchtung des Gestades wieder mit zur Besprechung käme.

B.-M. Konsul Fehling sprach sich gegen den Antrag betr. Aufstellung der Kanonen aus, indem er erörterte, daß in Warnemünde die Sache anders läge wie in Travemünde, da bei ersterer Stelle die Postschiffe rasch befördert werden müßten. Auch habe man seiner Zeit beabsichtigt, durch die Kanone ein Leitsignal zu schaffen, habe dagegen ein Warnungssignal eingeführt.

B.-M. Meincke stand auf dem Standpunkte seines Vorredners, er meinte u. A.: Für uns Travemünder ist die Schießerei von großem Schaden, sie ist für uns kein Leitsignal.

B.-M. Heitmann bedauert, daß der Antrag vom Bürgerausschuß abgelehnt worden ist. Er bittet, den Senatsantrag anzunehmen.

B.-M. Lange sprach sich für die Annahme der Aufstellung aus, indem er dieses durch früheres Eintreffen der Schiffe mit Fischen und Heringen begründete.

B.-M. Bade bittet die Kanonen so lange zu halten, bis etwas besseres ausgedacht sei. Die Hauptsache für Geschäftstreibende wäre, daß die Schiffe möglichst rasch den Hafen erreichten. Schließlich wurde der Antrag des B.-M. Schacht auf Kommissionsverweisung angenommen.

In die Kommission wurden gewählt die B.-M. Konsul Fehling, Kapt. Heitmann, Bade-Schlutup, Herm. Lange, Meincke-Travemünde, Dr. Benda, Generalkonsul Petit. (Ersatzmänner: G. E. Tegtmeyer, Blunck, Kommerzienrath Scharff.

Die drei Eingaben an die Bürgerschaft gelangten nicht zur Verlesung. Die von Langmaack-Kiel und Ziehms-Hamburg fanden keine Unterstützung, während die Schattiner ihr Petition um Einrichtung einer Schule seltsamer Weise in letzter Stunde zurückgezogen hatten.

Neueste Nachrichten.

Der sozialdemokratische Landtagsabgeordnete Genosse Glaser-Cannstatt ist am 19. Juli in Stuttgart gestorben. Derselbe gehörte dem württembergischen Landtage an.

Aus Nah und Fern.

Oppeln. Hier haben sich in den letzten Tagen zwei jugendliche Personen erhängt, und zwar der 17jährige Alex Kampa und der Gerberlehrling Kurz. Sie waren bei einer Prügelei betheiligt gewesen, bei der ein junger Mensch ums Leben gekommen ist, dessen Leiche dann von ihnen in der Oder versenkt wurde. Nun ist dies ruchbar geworden. Aus Angst vor den Folgen begingen die beiden jungen Leute Selbstmord.

Lübecker Getreidepreise.

21. Juli.

Nach Qualität und holländischem Gewicht per 200 Pfund

Weizen	14	Mk.	50	Pf.	bis	15	Mk.	— Pf.
Roggen	11	„	50	„	„	12	„	— „
Gerste	12	„	—	„	„	12	„	70 „
Hafer	11	„	50	„	„	12	„	— „
Erbsen	11	„	—	„	„	12	„	— „
Gelbe Kocherbsen	15	„	—	„	„	16	„	— „
Grüne „	15	„	—	„	„	16	„	— „

Sternschanz-Viehmarkt.

Hamburg, 20. Juli.

Der Schweinehandel verlief gut.

Zugeführt wurden 1560 Stück, davon vom Norden — Stück, vom Süden — Stück. Preise: Versandtschweine schwere 40—48 Mk., leichte 43—45 Mk., Sauen 30—36 Mk. und Ferkel 41—44 Mk. pr. 100 Pfd.

Angekommene und abgegangene Schiffe in Travemünde.

Angekommen:

Montag, den 20. Juli.

Vormittags
3,45 D. Orion, Möller, von Kopenhagen, 12 St.
6,30 D. Elbe, Krellenberg, von Petersburg, 84 St.
6,50 D. Martha, Berg, von Blyth, 4 T.
11,25 D. Afrika, Andersen, von Kotka, 84 St.
Nachmittags
12,45 D. Deutschland, Ohlsen, von Riga, 50 St.
6,35 D. Lübeck, Paulsson, von Gefle, 84 St.
— D. Archimedes, Marquardt, von Neustadt, 1 T.
10,30 D. Pehr Brahe, Bergmann, von Hangö, 57 St.

Dienstag, den 21. Juli.

Vormittags
5,05 D. Lübeck, Hultman, von Kopenhagen, 12 St.
4,15 D. Elita, Pierstorff, von Libau, 58 St.
5,15 D. Sydkusten, Dellgreen, von Karlshamn, 23 St.
5,35 D. Gauthiod, Rydell, von Stockholm, 42 St.
5,40 D. Storfursten, Ahnger, von Helsingfors, 57 St.
7,40 Marie Amalie, Engel, 1 T.

Abgegangen:

Montag, den 20. Juli.

Vormittags
9,15 Hadina, Peterssen, nach Oskarshamn.
Nachmittags
6,— Ahli, Andersen, nach Nystadt.
7,05 D. Halland, Peterssen, nach Kopenhagen.
8,— D. Dana, Johannson, nach Stockholm.
8,15 D Jenny, Holmström, nach Nederkalix.
8,15 Linda, Peterson, nach Föglo.

Dienstag, den 21. Juli.

5,30 De VIII, Södskände, Erichsen, nach Neustadt.

Wind und Wasserstand in Travemünde 8 Uhr. W: 6,81 m W., schwach.

Schiffsbewegung in der Ostsee.

D. Burg, Thiel, ist in Stettin angekommen.
D. Kant, Wulf, von Königsberg über Stettin nach Lübeck abgedampft.
D. Archimedes, Marckwardt, ist in Neustadt angekommen.
D. Kant, Wulf, ist in Swinemünde angekommen.
D. Marie Louise, Nachtwey, ist nach Lübeck abgedampft.
D. Helix, Schultz, ist in Reval eingetroffen.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber durchaus keine Verantwortung.

Wir ersuchen unsere Leser, diejenigen Geschäfte, welche im „Lübecker Volksbote" inseriren, zu berücksichtigen und bei event. Einkäufen sich auf unser Blatt zu berufen.

Statt besonderer Meldung!

Gestern Abend 6¾ Uhr starb plötzlich und unerwartet nach kurzer, aber schwerer Krankheit meine innigst geliebte Frau und meiner Kinder liebevolle Mutter

Anna Prüss geb. **Beuthien**

im Alter von 36 Jahren. Dieses zeigen tiefbetrübten Herzens an

Heinrich Prüss und Kinder.

Lübeck, den 20. Juli 1896.

Die Beerdigung findet am Freitag, Morgens ½9 Uhr, statt.

Die Schweineschlachterei
von
W. Strohfeldt
73 Glockengießerstraße 73

empfiehlt:

Schweinefleisch . .	Pfd. 45 Pf.
Karbonade . . .	Pfd. 60 Pf.
Flohmen	Pfd. 45 Pf.
Kopf und Bein . .	Pfd. 15 Pf.
Speck, fett u. mager	Pfd. 55 Pf.

Nur hiesige Waare.

Ein Posten neue Arbeitshosen Hemden, Blousen u. Cravatten
sollen billig verkauft werden bei Genosse
A. Pohl, Lübeck, Marlesgrube 40.

Achtung Gewerkschaften!

Soeben erschien:

Das Protokoll
der
Verhandlungen des zweiten Kongresses
der
Gewerkschaften Deutschlands
abgehalten zu Berlin vom 4.—8. Mai 1896.

Preis 20 Pfg.

Der vom 4.—8. Mai in Berlin stattgehabte zweite Gewerkschaftskongreß ist für die gewerkschaftlich organisirten Arbeiter von hoher agitatorischer Bedeutung gewesen, weshalb wir auch auf das nunmehr erschienene Protokoll aufmerksam machen wollen. Das Protokoll enthält nicht nur die auf dem letzten Kongreß gepflogenen Verhandlungen, sondern es enthält auch die von der Generalkommission veröffentlichten Rechenschaftsberichte vom 1. März 1892 bis zum 31. Dezember 1894 und vom 1. Januar 1895 bis zum 31. März 1896; ferner Kassenberichte, Agitation, Statistik über Streiks, Aufschlüsse über das „Korrespondenzblatt", über die internationalen Beziehungen und die innere Verwaltung der Generalkommission 2c. 2c.

Aus dem Inhalt heben wir noch weiter hervor: Die gefaßten Resolutionen betreffend die Arbeitslosenunterstützung, die Agitation unter den Arbeiterinnen, die Arbeitsvermittlung (Arbeitsnachweise), die Arbeitsvermittlung bei den Gastwirthsgehülfen, die Hausindustrie und das Schwitzsystem, die Sonntagsruhe der Müller und die Mißstände im Baugewerbe; außerdem noch ein reichhaltiges Material über die Verhältnisse in der Hausindustrie und dem Schwitzsystem. Da die Resolutionen für alle organisirten Arbeiter einen hohen agitatorischen Werth haben, wollen wir nicht unterlassen, noch einmal auf den billigen Preis von 20 Pfg. für das 140 Seiten umfassende Protokoll hinzuweisen, der es jedem Arbeiter gestattet, sich dasselbe anzuschaffen.

Ferner ist erschienen:

Die Zukunft der deutschen Gewerkschaften
und ihre nächste Aufgabe.
Preis 15 Pfg.

Auch diese Broschüre können wir den Gewerkschaften auf das Angelegentlichste empfehlen. Der Broschüre liegt ein Vortrag des Genossen **Friedr. Hoffmann** in Berlin zu Grunde, und behandelt die Frage: **Was wollen die Gewerkschaften?** Die Broschüre enthält ein eingehendes Tabellen-Material, und als Anhang einige werthvolle Fingerzeige über „Die Thätigkeit der Vertrauensleute in der Organisation."

Wir ersuchen die Gewerkschaftsvorstände, recht bald ihre Bestellungen in unserm Geschäftslokale **Große Altefähre 35/37** machen zu wollen, damit uns eine schnelle und sichere Bedienung ermöglicht wird.

Verlag und Expedition des Lübecker Volksboten.

Durch die Expedition des **Lübecker Volksboten**, Große Altefähre 35/37, ist zu beziehen

Geschichte des Materialismus
und Kritik seiner Bedeutung in der Gegenwart
von **Friedrich Albert Lange.**
Weiland Professor in Zürich und Marburg.

Mit einem biographischen Vorwort und Einleitung mit kritischem Nachtrag von **Hermann Cohen**, Professor in Marburg.

17 Hefte à 4 Bogen. Preis pro Heft 60 Pfg.

Ihre nur aus **bestem Hopfen und Malz gebrauten Biere,** Lager-, Tafel- und Münchener (nach Münchener Art gebraut), empfiehlt die
Adler-Brauerei.
Inh.: **G. Teichgräber.**

Billig zu verkaufen
ein Jacket u. eine Hose.
Wahmstraße 39, 3. Etage.

Zu verkaufen ein **Haus** in der Vorbeckstraße, enthalt. 2 Wohnungen, Boden, Keller, Wasser 2c. Preis 7000 Mk. Anzahlung nach Uebereinkunft. Näheres in der Exped. d. Bl.

Prima Lütjenburger
Doppelkümmel
in 1/1 und 1/2 Flaschen empfiehlt
A. J. H. Fick
Waken 4str. 5 c.
Fernsprecher Nr. 510.

Schuhwaaren-Reparaturwerkstatt
Beckergrube 3:
Herren-Sohlen und Absätze 2 Mk.
Damen-Sohlen und Absätze 1,50 Mk.
Knab.- u. Mädch.-Sohlen u. Abs. 1—1,40 M.
Kinder-Sohlen und Absätze 0,60—1 Mk.
Für gute Arbeit wird garantirt.
Reparatur mit Handbetrieb.

Alle kleinen Anzeigen
deren Aufgeber unbekannt bleiben wollen, wie beispielsweise bei:

Stellengesuchen u. Angeboten
An- und Verkäufen
Vermiethungen
Verpachtungen
Capitalgesuchen u. Angeboten
etc. etc.

*übernimmt unter strengster Discretion zum billigsten Preis in die für die betreffenden Zwecke jeweils bestgeeignetsten Zeitungen die Centr.-Annoncen-Expedition von G. L. Daube & Co *)*

Die unter Chiffre G. L. Daube & Co. einlaufenden Offertbriefe werden am Tage des Eingangs den Inserenten zugesandt.

*) In Lübeck Heinr. Raup, Schiffsmakler.

Die Buchdruckerei
von
Friedr. Meyer & Co.
Grosse Altefähre 35/37
empfiehlt sich zur
Anfertigung von Drucksachen
aller Art
in sauberster Ausführung.

Hütte
mit Arbeiter-Controlmarke
empfiehlt Genosse
A. Pohl, Lübeck, Marlesgrube 40

Soeben ist erschienen und durch die **Expedition des Lübecker Volksboten** zu beziehen:

Die Währungsfrage
und die Sozialdemokratie.
Eine gemeinfaßliche Darstellung der währungspolitischen Kämpfe u. Zustände
von **Max Schippel.**

Preis 30 Pfg. **Preis 30 Pfg.**

Achtung! Maurer!
Mitglieder-Versammlung
am Mittwoch den 22. Juli,
Abends 8½ Uhr,
im Vereinslokal, Hundestrasse 41.

Tages-Ordnung:
1. **Arbeitszeit- und Lohntarif.**
2. Vereinsangelegenheiten.
3. Fragekasten und Verschiedenes.

NB. Jedes Mitglied ist moralisch verpflichtet, in dieser Versammlung zu erscheinen.

Die Ortsverwaltung.

Oeffentliche
Versammlung
der
Bauarbeiter
Lübecks und Umgegend
am Mittwoch den 22. Juli,
Abends 8½ Uhr,
im Lokale des Herrn Schlichting,
Schmiedestraße 20.

Tages-Ordnung:
1. Die Organisation der Bauarbeiter Deutschlands und die Gewerkschaftsbewegung.
2. Verschiedenes.

Referent: **W. Brandmor,** Bremen.

Um zahlreiches Erscheinen aller Mitglieder ersucht **Die Ortsverwaltung.**

Oeffentliche
Werftarbeiter-Versammlung
am Mittwoch den 22. Juli,
Abends 8½ Uhr,
im Lokale des Hrn. **Claudius,** Louisenluft.

Tages-Ordnung:
1. Zweck und Nutzen des Werftarbeiter-Verbandes.
2. Aufnahme von Mitgliedern.
3. Vorstandswahl und Verschiedenes.

Der Einberufer.

NB. Referent wird in der Versammlung bekannt gemacht

Tivoli-Theater
Mittwoch den 22. Juli 1896:
Anfang 7 Uhr. **Novität!** Anfang 7 Uhr.
Ein berühmter Rechtsanwalt.

Verantwortlicher Redacteur: In Vertretung: Joh. Fein. Verlag: Theod. Schwartz. Druck von Friedr. Meyer u. Co., sämmtlich in Lübeck.

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 169. Mittwoch, den 22. Juli 1896. 3. Jahrgang.

Zu den Stichwahlen in Belgien.

Das berühmte, vielfach auch in unseren eigenen Reihen angefochtene Wort von der reaktionären Masse im verflossenen Gothaer Programm („Die Befreiung der Arbeit muß das Werk der Arbeiterklasse sein, der gegenüber alle anderen Klassen nur eine reaktionäre Masse sind") hat in den belgischen Stichwahlen wieder eine glänzende Bestätigung erfahren. Das materielle Interesse, das in der ganzen Geschichte die Hauptrolle spielt, wenn es sich auch unter allerlei ideologischem Aufputz vermummt, ist auch in der Affinität der Wahlverwandtschaft der Parteien immer maßgebend. „Pack schlägt sich, Pack verträgt sich" gilt auch von den Parteien. Wenn sich Klerikale und Liberale sonst noch so wild in die Haare gerathen und mit den Fingernägeln die Gesichter zerkratzen, sobald es gegen die Arbeiterklasse geht, finden sich die schönen Ausbeuterseelen wieder zusammen und machen gemeinsame Sache wie die zwei Wölfe, als ihnen das Lamm in den Weg kam. Das Ausbeuterinteresse ist der stärkste Kitt innerhalb der Ordnungsparteien: „Ausbeuter aller Parteien, vereinigt Euch!" heißt die Parole, und so haben denn die Liberalen in den Stichwahlen wie gewöhnlich den Schufterle gemacht und den Klerikalen, auf die sie jahraus jahrein losdreschen, zu neuen Siegen verholfen. „Hier ist ein stärkerer Magnet", dachten sie mit Hamlet und gaben den wüthenden Feinden des Liberalismus ihre Stimme.

Es wäre thöricht, sich darüber sittlich zu entrüsten oder zu betrüben. Im Gegentheil ist eine solche reinliche Scheidung für die Aufklärung der noch rückständigen Massen nur vortheilhaft. Den kleinbürgerlichen Elementen, die sich bisher von den liberalen Schlagwörtern hypnotisiren und von den liberalen Demagogen ins politische Schlepptau nehmen ließen, werden diese Stichwahlen zweifelsohne die Augen öffnen, soweit sie nicht von Haus mit dem schwarzen Staar behaftet sind. Und das nicht in Belgien allein, auch für die politische Gefolgschaft der deutschen Liberalen (einschließlich der Freisinnigen) dürften diese belgischen Stichwahlen eine gesunde Lektion sein. Sie können daraus ersehen, daß der Liberalismus, seiner Natur nach zu jeder politischen Schandthat bereit, zu jedem Verrath fähig ist, wo es gilt, das Ausbeuterregiment zu verlängern und die politische Entmündigung des Proletariats zu erhalten. Die belgischen Stichwahlen sind ein werthvoller Zuwachs für unser Agitationsarsenal und werden besonders bei den kommenden Reichstagswahlen gute Dienste leisten.

Vielleicht bohren sie den Dippel auch manchen unter den proletarischen und kleinbürgerlichen Nachläufern der Klerikalen, nach dem Satz: „Sage mir, mit wem Du gehst, und ich will Dir sagen, wer Du bist," hier richtiger: Sage mir, wer mit Dir geht, und ich will Dir sagen, wer Du bist". Aus dem Zusammengehen der Liberalen mit den Klerikalen läßt sich in der That ohne großen Scharfblick der dichte fromme Schleier, womit der Klerikalismus sein feudal-kapitalistisches Sonderinteressengesicht so gut zu verhüllen versteht, gut durchschauen. Beide sind Fleisch von selbem Fleisch, Habsucht und Herrschsucht ist da wie dort die Haupttriebfeder, und wenn sie sich balgen, so nur um das beste Stück und die fetteste Beute. Sie unterscheiden sich nur darin, daß jedes eine andere Interessengruppe vertritt. Hie Großkapitalismus, hie Klerikalfeudalismus.

Auch im idealen Schwindeln sind beide einander ähnlich; der frühere Absolutismus und Feudalismus hatte nicht nöthig, seine Hab- und Herrschsucht mit einem Feigenblatt zu verhüllen; seine Macht war unbeschränkt und unbestritten, er konnte nach Herzenslust das Volk aussaugen und mit Füßen treten. Sogar die Kirche, die geborene Heuchlerin, that im Zenith ihrer Macht ihren Gefühlen keinen Zwang an, in cynischer Nacktheit zeigte sich die pfäffische Raffgier und unbändige Genußsucht auf offener Straße am hellichten Tag. — Anders in der Aera des Konstitutionalismus und des allgemeinen, wenn auch ungleichen Wahlrechts. Da die Massen auf Gesetzgebung und Verwaltung mehr oder weniger Einfluß haben, muß das Klasseninteresse sich als Gemeinwohl verkappen, die Schminke der Frömmigkeit, des Patriotismus, der Moral und Ordnung auflegen.

In dieser Kunst der Massenbeschwindelung sind nun freilich die Klerikalen den Liberalen über. Namentlich sind sie so schlau, mit einigen Brocken materieller Vortheile die Massen zu ködern, wohl wissend, daß komödiantischer Augenaufschlag zum Himmel es allein nicht thut und die Massen panem et circenses („Brot und Zirkusspiele", wie es im alten Rom hieß) verlangen. Daher der sozialpolitische Eifer, den sie bisweilen zeigen, wenigstens in Worten, hinter denen freilich ihre Thaten weit zurückbleiben. Daher auch die vielerlei kirchlichen Schaustücke, die sie zum Besten geben. Das haben die plumpen Liberalen unterlassen, in ihrer maßlosen Profitwuth konnten und können sie sich nicht einmal zu Bagatellen verstehen, und so ist es kein Wunder, daß ihre Fahne nur noch ein elender Fetzen ist.

Indessen bei aller Raffinirtheit kann auch der Klerikalismus auf die Dauer seinen Anhang nicht über seinen wirklichen Karakter täuschen. Dem Zuge seines klassenherrschaftlichen Herzens folgend und sicher gemacht durch errungene Erfolge, läßt er die Maske immer mehr fallen und zeigt sich in seiner wahren Natur. Die Haltung des deutschen Zentrums beim Bürgerlichen Gesetzbuch hat auch bei vielen seiner begriffsstutzigen Anhänger böses Blut gemacht, und wenn Dr. Lieber und seine Fraktion auch noch, wie es, nach seinem neulichen Besuch in Kiel und Wilhelmshaven zu urtheilen, allen Anschein hat, die uferlosen Flottenpläne der „Weltpolitik" unterstützt und immer offensichtlicher in's gouvernementale Lager einschwenkt, so wird er bald erfahren, daß er nur ein ungeschickter Affe Windthorst's ist. Die katholischen Wähler werden ihm darüber bei den Wahlen gebührend quittiren.

Ihrem Schicksal kann übrigens keine der Ordnungsparteien entgehen und auch ein geschickterer Parteiführer als der famose Lieber, auch ein Windthorst, hätte das Zentrum nicht aufhalten können, auf der schiefen Ebene immer weiter hinunterzurutschen, um auf den — Nationalliberalismus zu kommen. Jede Partei, die Klasseninteressen verfolgt und nur in Opposition steht, um für ihre Sonderinteressen die Macht zu erringen, wird, so bald sie die Sprödigkeit der Regierung überwunden und deren Gunst erschlichen hat, nicht umhin können, zu nationalliberalisiren.

Das deutsche Zentrum hat den Nationalliberalen ihre Kompromiß- und Umfall-Allüren trefflich abgeguckt, es ist bereits durch und durch nationalliberalisirt und wird bald seinen Namen in „Nationalklerikale" umtaufen können.

Soziales und Partei-Leben.

Die Generalversammlung des Deutschen Buchdruckerverbandes beschloß in ihrer Freitagssitzung, die nächste Generalversammlung im Jahre 1899 abzuhalten und zu dieser Zeit dann den jetzigen Buchdruckertarif eventuell zu kündigen. Für das Bestehen einer Tarifgemeinschaft stimmten 45 Delegirte, während sich 22 als prinzipielle Gegner einer Tarifgemeinschaft erklärten. Die Generalversammlung beschloß im weiteren, den Correspondent-Redakteur sofort seiner jetzigen Funktion zu entheben, ihm aber bis ultimo September das Salär zu zahlen. Ein Antrag auf Vorstandsneuwahl wurde zurückgezogen. Ein Antrag auf Verlegung des Druckortes vom „Correspondent" wurde abgelehnt.

General-Versammlung des Unterstützungs-Vereins Deutscher Tabakarbeiter. Zur Statutenberathung ist noch folgendes nachzutragen: Die zwei Anträge, welche für Abschaffung der Arbeitsnachweise eintreten, werden behufs besserer Formulirung einer dreigliedrigen Kommission überwiesen. Ferner erhält § 14 Absatz 7 und 8 folgenden Wortlaut: „Falls durch Richterspruch oder behördliche Einwirkung auf den Verein die Existenz des Vereins gefährdet erscheint, haben Vorstand und Ausschuß gemeinschaftlich das Recht, einzelne Paragraphen oder Beschlüsse außer Kraft zu setzen. Sodann ist der Vorstand verpflichtet, sofort den Mitgliedern zu berichten und eine Urabstimmung über die Streichung zu veranlassen. Eine Urabstimmung hat ferner stattzufinden, wenn Vorstand oder Ausschuß es beschließen oder 1/5 der Mitglieder es beantragt." Die Anträge, den Sitz des Ausschusses von Hannover zu verlegen, sowie daß die Generalversammlung nicht mehr den Vorsitzenden des Ausschusses wählen, werden abgelehnt, ebenso der Antrag: Die Generalversammlung aus Sparsamkeitsrücksichten erst alle 3 Jahre stattfinden zu lassen. Der Titel des Vereinsorgans wird geändert und soll jetzt heißen: „Der Tabakarbeiter", Organ der Tabakarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands. Die Anträge: Den Verlag vom Verein zu übernehmen, sowie dasselbe erst alle 14 Tage resp. 3 Wochen erscheinen zu lassen, werden abgelehnt. Ein Antrag von Chemnitz und Wandsbeck „den Vorstand zu beauftragen, fortgesetzt dahin zu wirken, daß die Hausarbeit den bundesräthlichen Bestimmungen unterstellt wird", wird angenommen. Ein Antrag, hauptsächlich in Süddeutschland rege Agitation zu betreiben, ruft eine lebhafte Debatte hervor; es wurde konstatirt, daß nicht nur allein im Süden, sondern auch im Norden schlechte Arbeits- und Lohnverhältnisse existiren, es gehöre nicht zu den Seltenheiten, daß Löhne von 3—4 Mk. pro Woche gezahlt werden. Ueber die Nothwendigkeit allseitiger Agitation waren sich alle Redner einig und wurde auf den

---

Die Rache eines Häßlichen.

Roman von M. Widdern.

(5. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.

„Du thust mir unrecht, Mutter. Die Kapitalien, welche Lucie mir in die Ehe gebracht, wurden vom Haushalt verschlungen. Im Spiel habe ich nie viel verloren. Im Gegentheil, wenn wir überhaupt noch standesgemäß leben, so dankst Du das einzig und allein dem Hazard —."

Als wäre der Blitz vor ihr eingeschlagen, taumelte die alte Dame vor den Worten ihres Sohnes zurück.

„Dann bist Du also nichts als — ein Spieler von Profession," stieß sie jetzt hervor — „Vater im Himmel, und der Waldburg ist's der so weit gesunken!" — Sie rang wieder die Hände. Dann legte sie die Rechte schwer auf den Arm des düster vor sich niederblickenden Sohnes. Fest in sein schönes Gesicht sehend, raunte sie: „Du sprachst vorhin davon, nur im schlimmsten Fall — sozusagen in der elften Stunde nach dem Rettungsanker zu greifen, den Dir Bankier Wolken bietet. Sprich jetzt die Wahrheit und gestehe mir, daß Du gedenkst noch vorher — Dein Glück im Spiel zu versuchen?" —

„Und wenn es so wäre?" fragte der Baron.

Dumpfes Stöhnen entrang sich von neuem der Brust der Greisin. Eine Minute noch, und sie lag dem Sohn zu Füßen; „Nur das nicht — nur das nicht," jammerte sie. „Lieber — ich schwöre es Dir, werde ich selbst bei Deiner Tochter die Freiwerberin für den Sohn des Bankiers machen — gleich morgen auch an Wolken schreiben, und ihm gewährend auf all' die Fragen antworten — die ich heute nicht aus seinen Reden heraushören wollte. Ich vermag dies, ohne mich der Inkonsequenz schuldig zu machen. Denn ich bin auch Arno nur mit der größten Freundlichkeit begegnet. — Freilich aus keinem andern Grund, als weil sein Haus — uns — schon so oft hilfreich gewesen und voraussichtlich auch noch ferner werden muß."

Fast mit Gewalt hatte der Baron inzwischen seine alte Mutter aus ihrer demüthigen Stellung emporgehoben. Jetzt stand sie wieder vor ihm. Aber die Verzweiflung war nicht aus ihren Augen gewichen, so daß Curt von Waldburg einlenkend — ohne jedoch ihre letzten Worte zu beachten — sagte:

„Wenn Du wirklich die Angelegenheit in Deine Hand nehmen willst, Mutter, dann verspreche ich auch — nicht mehr zu hazardiren. Es liegt ja für mich außer aller Frage, daß der alte Bankier sich bereit erklärt, jedes — auch das größte Kapital — vorzustrecken, wenn Du ihm sagst, daß Hermine sich nicht weigert, seine Schwiegertochter zu werden. Doch jetzt gute Nacht, Mama. Es ist die höchste Zeit, daß wir zur Ruhe kommen."

Sie neigte verabschiedend den grauen Kopf. Aber ihre Augen folgten der ritterlichen Gestalt des Sohnes, bis dieselbe hinter der Portiere der Ausgangsthür verschwunden.

Starr, mit schlaff herabhängenden Armen stand sie so minutenlang mitten in dem großen, freundlich erleuchteten Gemach. Erst als die Schritte des Barons im Korridor verhallt, kam wieder Leben und Bewegung in die noch ungebeugte Gestalt. Mit raschem Griff raffte sie die lange Schleppe ihrer schwarzen Sammetrobe zusammen und ging zum Schreibtisch. Dort blieb sie stehen und öffnete zitternd ein Geheimfach des kostbaren Möbels. Gleich darauf hielt sie in der Rechten ein kleines Pastellbild. Mit ihm suchte sie das Sofa auf, vor dem sie lange stand. Schluchzend legte sie das winzige Porträt auf den Tisch und ließ sich selbst in die Polster fallen. Ein seltsam angstvoller Ausdruck lag in den feingeschnittenen Zügen, als die alte Dame nun auf das Bild niedersah. Dasselbe zeigte ein unschönes Knabengesicht, über dessen schwarzen Augen sich die Brauen in breiter Linie zogen.

„Ein häßliches Kind! Ja, bei Gott, das war er! Aber eine Sünde, ein Verbrechen möchte ich es heute trotzdem nennen, daß ich mich deshalb von meinem eigenen Sohn abgestoßen fühlte — schon in dem Moment, als ich zum erstenmal in sein Gesicht sah."

Die Greisin hatte diese Worte in grenzenlosem Weh hervorgestoßen. Jetzt legte sie das Bild aus der Hand und lehnte sich in das Sofa zurück. Wie reglos sich dann aber auch die vornehme Gestalt verhielt, so verrieth doch der Ausdruck ihres Gesichts, daß es in der Brütenden stürmte. In der That marterte das Gefühl brennender Reue die Seele der alten Dame.

* * *

Baronin Emmy von Waldburg, geb. Freiin von Hangern, war wie bereits erwähnt, in erster Ehe mit dem Major Leonhard von Stieler vermählt gewesen. Nach zweijährigem, nicht besonders glücklichem Zusammenleben hatte die erst neunzehnjährige Frau dem um vieles älteren Gatten einen Erben seines Namens geschenkt, welcher von dem Major auf das Innigste ersehnt worden war. Mit tiefer Bewegung drückte Leonhard von Stieler seinen kleinen Sohn in der ersten Stunde seines Daseins an die Brust, ohne zu bemerken, wie dieser Erstgeborene in seinem dunklen, beinahe viereckigen Gesichtchen mit den grob geschnittenen Zügen eine wirklich abnorme Häßlichkeit zeigte.

„Mein Kind, mein liebes herziges Kind!" rief der alternde Mann immer wieder Dann ließ er sich mit dem Neugeborenen vor dem Bett seines jungen Weibes auf die Kniee nieder und streckte Frau Emmy den Kleinen entgegen. Die aber hatte nur einen Blick in das brünette Gesichtchen geworfen, als sich der Ausdruck namenlosen Entsetzens in ihre schönen Züge legte.

„Gott, Allmächtiger," stöhnte sie dann, während sie

Beschluß der letzten Generalversammlung hingewiesen: „Die systematische Agitation zu fördern, hat der Vorstand nach Maßgabe der Verhältnisse und Gebietstheile Agitationsbezirke abzugrenzen." Die Kommission zur Formulirug des § 11 erstattet Bericht und wird beschlossen, „daß Streiks rechtzeitig (ohne Fristsetzung) beim Vorstand anzumelden sind." Der Satz im Statut, „die Mitglieder haben nur im äußersten Falle von dem Mittel des Lohnstreiks Gebrauch zu machen", wird gestrichen. Ein Antrag, „den Versuch zu machen, den Sortirer-Verein mit dem Unterstützungs-Verein Deutscher Taback-Arbeiter zu verschmelzen", wird angenommen. Die Kommission, welche beauftragt war, die Stellung des Verbandes bei der Unterstützung der durch die Mai-Feier Gemaßregelten zu präzisiren, schlägt folgende Resolution vor: „Die Folgen der Maifeier, als da sind Maßregelung 2c., empfiehlt die Kommission der Generalversammlung, dieselben der politischen Organisation zu überlassen, da die Kommission der Ansicht ist, daß eine Gewerkschaftsorganisation die daraus entstehenden Konsequenzen nicht zu übernehmen imstande ist." Es wird dieselbe nach langer Debatte gegen 9 Stimmen angenommen. Zur Frage des Arbeitsnachweises ward nach kurzer Debatte der folgende Antrag der Kommission angenommen: „In solchen Orten, in denen es angesichts der örtlichen Verhältnisse irgend möglich ist, Arbeitsnachweise für unsere Branche einzurichten, ist dieses den Mitgliedern auf's angelegentlichste zu empfehlen, indem die Kommission in dieser Einrichtung eines der besten Mittel zur Wahrung der Interessen der Mitglieder erblickt. Die Vereinsleitung ist verpflichtet, solchen Orten, welche diese Einrichtungen haben, auf Antrag finanzielle Mittel hierfür zur Verfügung zu stellen."

Aus Nah und Fern.

O welche Lust, Soldat zu sein! Frankfurt a. O., 17. Juli. Seit drei Tagen durchläuft die Stadt das Gerücht, daß ein Soldat des Leib-Grenadier-Regiments Nr. 8 verunglückt sei und ein Lieutenant genannten Regiments die Schuld trage, der in Folge dessen auch Selbstmord verübt habe. Da, am Donnerstag Abend, löste die „Oderzeitung" das Räthsel. Sie schreibt: Ueber einen traurigen Vorfall, der sich beim hiesigen Leibregiment zugetragen hat, geht uns von zuständiger Seite die Nachricht zu, daß der dem Regiment angehörende Lieutenant Steffen II am Donnerstag früh 3 Uhr den Folgen einer Verwundung erlegen ist. Der junge Offizier hatte in übertriebenem Diensteifer beim Turnen einen Füsilier, der sich feig zeigte, mehrfach zu einem Sprunge zwingen lassen. Hierbei zog sich der Füsilier eine Verletzung zu, die sehr schwer zu sein schien. Der Füsilier befindet sich heute außer Lebensgefahr, er wird voraussichtlich völlig wieder hergestellt werden, doch hat Lieutenant Steffen II, dem die Schuld an dem Unglücksfall zuzumessen ist, dies sich so zu Herzen genommen, daß er am Dienstag Abend, unmittelbar nach Rückkehr von einer Felddienstübung sich mit seinem Revolver tödtlich verwundete. — Also der Offizier hat in „übertriebenem Diensteifer" gehandelt, während der Soldat „sich feig zeigte." Wer ist feig gewesen? fragt unser Frankfurter Parteiorgan, der Soldat, der nicht mehr kann, oder vielleicht auch körperlich nicht im Stande, all das Vorgeschriebene zu leisten, oder der Offizier, der in seinem „übertriebenem Diensteifer" — welch herrliches Wort — den Mann einfach über das Hinderniß hinunterwerfen ließ, und dann nachher nicht den Muth hat, für seine Handlung einzustehen, und zum Revolver greift. Der Offizier soll „es sich so zu Herzen" genommen haben, dieser gutherzige Offizier. Wir wollen jedoch mit dem noch sehr jungen Offizier nicht zu sehr in's Gericht gehen; was wir hier Angesichts dieses Vorfalles anklagen, ist das System. Dasselbe System, das am Mittwoch Mittag in der Crossener Straße Bilder gezeigt hat, die jeden Menschen mit Mitleid erfüllen mußten. Die Soldaten des 8. und 12. Regiments, von einer Dienstübung zurückkehrend, waren dermaßen erschöpft, wie wir noch nie ähnlich erschöpfte Truppen gesehen. Eine ganze Anzahl Wagen brachten marode Mannschaften mit. Als gegen Abend einzelne Züge des Leibregiments baden gingen, war es den Meisten kaum möglich, auf dem Pflaster zu gehen, so daß der Anblick dieser hinkenden Soldaten wirklich traurig war.

Ein merkwürdiges Schriftstück, welches uns an längst vergangene Zeiten gemahnt, wo das Pfaffenthum noch über Leib und Leben der Gläubigen und Nichtgläubigen gebieteten konnte, ist der „Münchener Post" durch Zufall in die Hände gerathen. Es ist ein richtiges Stück Mittelalter, welches uns aus dem Schreiben entgegenschaut und wenn die Echtheit des Schriftstücks nicht durch den amtlichen Stempel bewiesen würde, könnte man das Ganze für einen schlechten Scherz eines Spaßvogels halten. Das Schreiben ist an ein Mädchen, welches außerehelich geboren hat und nach erfolgter Wiederherstellung auf das Pfarramt zitirt wurde, dort aber nicht erschienen war, gerichtet und lautet auf der äußeren Seite, wie folgt:

„Verfügung:
Die ledige . . . . . .
wird hiermit aufgefordert, am nächsten Dienstag, den 7. Juli d. Js., Morgens 1/8 Uhr vor dem Pfarramt Kaufring zu erscheinen.

Schmucker,
k. Pfarrer."

Auf der inneren Seite steht Folgendes:

Kaufring, den 3. Juni 1896.

E. N. 143.
Vom k. Pfarramt
Kaufring.
Vernehmung gefallener
Personen betr.

Ihre Weigerung, vor dem Pfarramt zu erscheinen, wurde dem hochwürdigsten, bischöflichen Ordinariate am 3. Juni a. c. mitgetheilt.

Heute traf der Befehl des hochwürdigsten, bischöflichen Ordinariats ein, daß Sie beim Pfarramte erscheinen müssen (!?) wobei Ihnen die Entscheidung des hochwürdigsten Bischof wegen Ihres doppelten Falles und des Ungehorsams gegen meine Anordnung mitgetheilt werden muß.

Sollten Sie auch jetzt noch sich weigern, zu kommen, so habe ich schon für diesen Fall den entsprechenden Befehl erhalten, was mit Ihnen zu thun ist. (Das hört sich so recht Vielversprechend an M. M.)

Das k. Pfarramt

Schmucker,
k. Pfarrer.

An
die . . . . . .
in Kaufering."

Das Mädchen hat nun, wie man der „Münchener Post" meldet, trotzalledem im Sinn, auch der wiederholten Einladung keine Folge zu geben und es dem frommen Gottesstreiter anheim zu stellen, seinen Drohungen nunmehr die That folgen zu lassen. Ob die Sünderin nur mit dem Kirchenfluche belegt oder aber auf dem Scheiterhaufen verbrannt werden soll, ist zur Zeit noch unbekannt.

Ueber „Tugendbolde des Zentrums" unterhält der Reichstags-Abgeordnete Dr. Sigl in seinem „Bayer. Vaterland", der kürzlich im Reichstag bei Berathung über die Zivilehe vom Abgeordneten Gröber etwas scharf angefaßt wurde, seine Leser mit einer Korrespondenz aus der Schweiz:

„Es wäre Herrn Gröber besser angestanden, statt ialten, von blindgläubger gehässiger Seite ihm eingeflüsterten Weibertratsch aufzutischen, sich in Erinnerung zu rufe wie er im Jahre 1895 alle seine Juristenkniffe zu Hil nehmen und sich in Rechtsgutachten und Instruktion die Finger wundschreiben mußte, um einen wegen Si lichkeitsvergehen flüchtigen geistlichen Freund F. K. der in Württemberg als Zentrumshammer galt — v der vom Justizminister verlangten Auslieferung zu rett und ihm die sicher drohende fünfjährige Gefängnißstra zu ersparen. Alle Schweizer Blätter waren voll v dieser skandalösen Geschichte und viele Wochen lang zog sich die Verhandlungen mit dem schweizerischen Bundesrathe und Gerichte hin; die öffentliche Meinung verlang die Auslieferung des Verhafteten, der Vierwaldstätterse an dessen Ufer sich dieser Skandal abspielte, verhüllte v Scham sein sonst so heiteres Antlitz — und nur u äußerster Noth, wegen einer formalistischen Spitzfindi keit, konnte der Intimus Gröbers der drohenden Au lieferung entgehen, womit aber die Zentrumstugend k neswegs salvirt war. Ende der siebziger Jahre nist ein württembergischer Adeliger, ein gewaltiger Zentrum mann und regelmäßiger Besucher des Vatikans bei hoh Festen — mit seiner Maitresse, die er vor der Poli als seine zur Linken angetraute Frau ausgab, am gleich See herum. Sie war aber nichts als eine arme, ab bildschöne Handwerkstochter, die mit ihrem aus diese „Zuvielverhältnisse" entsprossenen Kinde und ihr Bruder — der zu knappen Zeiten bisweilen mit d Faustrecht von ihr Geld zu erpressen suchte — von d sem edlen Tugendhelden und Lebemann zu seine „noblen Vergnügen" unterhalten wurde, bis wenigste für hier die Polizei durch Anweisung der Dulcinea z Linken dem Skandal ein Ende machte machte. Nob Zentrumspassionen, erhabene Ansichten von d Ehe — was?!"

Versammlungs-Anzeiger.

Aenderungen sind der Expedition anzuzeigen.

„Sozialdemokratischer Verein", jeden Montag nach dem 1. ei jeden Monats in Stehr's Etablissement.
„Vereinigung der deutschen Maler und Lackirer", jeden Mon nach dem 1. und 15. jeden Monats bei Leeke, Lederstraße.
„Unterstützungs-Verein der Bildhauer Deutschlands", je 2. und letzten Sonnabend im Monat bei Rumohr, Marlesgru
„Deutscher Metallarbeiter-Verband", jeden Mittwoch nach d 1. und 15. jeden Monats bei Leeke, Lederstraße.
„Verband der deutschen Hafenarbeiter", jeden 2. Mittwoch n dem 1. und 15. jeden Monats bei Neumann, Fünfhausen.
„Zentralverein der deutschen Former", jeden 2. Freitag n dem 1. jeden Monats bei Leeke, Lederstraße.
„Deutscher Schneider- und Schneiderinnen-Verband", je 2. Montag nach dem 1. und 15. jeden Monats bei Le Lederstraße.
„Unterstützungs-Verein der Tabakarbeiter", jeden Dienstag n dem 1. des Monats, bei Rumohr, Marlesgrube.
„Allgemeiner Verein der Töpfer und verwandten Berufsgenossen Deutschlands", jeden 2. Dienstag nach dem 1. u 15. jeden Monats bei Leeke, Lederstr.
„Verband deutscher Zimmerleute, jeden Dienstag nach dem und 15. jeden Monats, bei Spahrmann, Hundestr.
„Centralverband deutscher Maurer und verw. Berufsgenossen jeden Mittwoch nach dem 1. und 15. jeden Monats, bei N mann, Fünfhausen.
„Vereinigung aller im Schmiede-Gewerk beschäftigten Arbeiter bei Spahrmann, Hundestraße, jeden ersten Sonnabend nach d 15. jeden Monats.
„Deutscher Holzarbeiter-Verband", jeden 2. Mittwoch nach d 1. und 15. jeden Monats bei Leecke, Lederstraße.
„Verband der Bäcker", jeden 1. Sonntag im Monat bei Schö berg, Gasthaus „Stadt Schleswig", Hundestraße 14.
„Verband deutscher Buchdrucker", jeden letzten Sonnabend Monat im „Goldenen Apfel", Schmiedestraße.
Steinindustrie-Arbeiter jeden Sonnabend vor dem 1. eines je Monats bei Schönbohm, Böttcherstraße 18.
„Verband der Brauer", jeden 1. Donnerstag im Monat i N mann, Fünfhausen.
„Verband der Hafenarbeiter Deutschlands, Mitgliedschaft d Flußschiffer Lübecks".
Mitgliederversammlung jeden ersten Sonntag nach dem erst eines jeden Monats, Nachmittags 4 Uhr im Lokale des Her Blohm, Hundestr. 41.
Centralverein der deutschen Böttcher. Versammlung jeden zwei Dienstag nach dem 1. eines jeden Monats bei Leeke.
„Verein deutscher Schuhmacher", jeden 1. Dienstag nach d 1. und 15. jeden Monats bei Leeke, Lederstraße.
„Verband deutscher Müllergesellen", jeden letzten Sonntag Monat bei Leeke, Lederstraße.
„Vereinigung der Frauen und Mädchen Lübecks", jeden 2. Frei nach dem 1. im Monat bei Leeke, Lederstraße.
„Verein der Höker und Kleinhändler", jeden 1. Dienstag n dem 1. eines jeden Monats bei Neumann, Fünfhausen.
„Verband der Bauarbeiter und Berufsgenossen Deutschlands jeden ersten Freitag nach dem 1. und 15. eines jeden Mon bei Leeke.
„Arbeiter-Turnverein". Jeden Dienstag und Donnerstag Abe von 8—10 Uhr Uebung, sowie jeden 2. Mittwoch im Mo Monatsversammlung in Stehr's Etablissement, 2. Wallstraße.
„Arbeiter Radfahrer-Verein". Jeden ersten Mittwoch im Mo bei Rumohr, Marlesgrube.
„Allgemeiner Arbeiterverein für Moisling und Umgegend Mitgliederversammlung jeden Sonnabend nach dem 1. eines je Monats im Lokale des Herrn Seeler.
Schwartau-Rensefeld. „Sozialdemokratischer Verein", jeden letz Donnerstag im Monat bei Sternberg in Rensefeld.
„Sozialdemokratischer Verein für Stockelsdorf und Umgegend Jeden ersten Sonntag im Monat bei Herrn L. Paetau Fackenburg.
„Soziald. Verein Vorwerk-Wilhelmshöhe", jeden zweiten F tag im Monat im Lokale des Gastwirth Weiß.
„Fachverein der Musiker". Versammlung jeden ersten Mittw nach dem 15. jeden Monats bei Blohm, Hundestr. 41.
„Verband der Fabrik-, Land-, Hülfsarbeiter und- Arbeiterinne Jeden 2. Freitag nach dem 15. eines jeden Monats bei Le
„Verband der Schiffszimmerer". Jeden 2. Sonnabend Abe im Monat bei Gennburg, Beckergrube 44.
„Luba". Jeden 2. Montag im Monat.
Mitgliedschaft der Buchbinder. Jeden Sonnabend nach 1. u 15. jeden Monats im „Berliner Hof", Abends 9 Uhr.
Sozialdemokratischer Verein Vorwerk. Jeden 1. Dienstag Monat.
Allg. Deutscher Tapezier-Verein. Jeden 2. und 4. Mittwoch Monat bei Rumohr, Marlesgrube 22.

---

den Kopf abwendete, „eine Mißgeburt!! Ach womit habe ich das verdient!"

Natürlich bot der Major seine ganze Ueberredungskunst auf, um die erregte junge Mutter zu beruhigen. Doch es gelang ihm nur schwer und erst dann, als er das Kind wieder in die Arme seiner Wärterin gelegt und den Befehl gegeben hatte, es so wenig als möglich in den Gesichtskreis der Frau Majorin zu bringen.

Selbstverständlich versuchte er jedoch immer wieder, sein junges Weib mit dem Aussehen des Neugeborenen zu versöhnen. Er wenigstens brachte ja dem Kinde volle Vaterzärtlichkeit entgegen und ließ es in keiner Weise entgelten, was die Natur an ihm gesündigt. Frau Emmy hatte jedoch auf alle Mahnungen — alle Bitten ihres Gatten nur eine einzige Erwiderung, die grausamen Worte:

„Mir graut nun einmal vor dem kleinen Ungethüm! — Ich kann ja nichts dafür, daß mir so viel Schönheitssinn geworden ist, aber ich vermag das Kind nicht anzusehen, ohne daß mich Abscheu und Entsetzen erfüllt."

„Das ist Unnatur!" rief der Major darauf außer sich.

„Ich weiß es! — Doch ist es nun einmal so. Ich bitte Dich deshalb auch, versuche meine Empfindungen nicht zu bekämpfen. Trotzdem ich nicht vermag, dem Knaben Liebe entgegenzubringen, soll es ihm ja doch an nichts fehlen. Du sollst sehen, er wird behütet werden, als hätte ich seine Geburt mit Freude und Entzücken begrüßt."

So war es denn freilich auch, und die junge Mutter sorgte mit peinlichster Gewissenhaftigkeit dafür, daß der Kleine, welcher in der Taufe den Namen Eugen erhielt, nach streng hygienischen Grundsätzen behandelt wurde. Auf die Minute pünktlich mußte er sein Bad bekommen., und wie der Arzt es bestimmt, die tägliche Nahrung.

Dazu hielt sie auch jedes Wäschestück des Kindes unter strengster Kontrolle und beobachtete die Amme auf Schritt und Tritt.

Man sah deutlich, wie getreu sie ihre Mutterpflichten erfüllen wollte. Aber nie bemerkte man, daß dem bedauernswerth häßlichen kleinen Jungen auch nur die geringste Mutterzärtlichkeit wurde, niemals, daß sich die Lippen der schönen Frau auf das braune Gesichtchen Eugens drückten oder ihre Hand seinen Kopf koste.

Der Major dagegen zeigte sich nach wie vor als der zärtlichste Vater. Es würde das arme Kind gewiß auch in Zukunft für die Herzlosigkeit der Mutter durch verdoppelte Liebe schadlos gehalten haben, wenn es das Geschick nicht anders gewollte. Kaum hatte Eugen sein erstes Lebensjahr vollendet, als er das Unglück hatte, seinen Vater zu verlieren. Major von Stieler stürzte mit dem Pferde und war sofort todt.

Frau Emmy betrauerte den Verlust des Gatten, den sie, das gänzlich mittellose Edelfräulein, nur geheirathet hatte, um sich standesgemäß versorgt zu sehen — ungefähr wie den Heimgang des Vaters. Aber die Thränen waren doch aufrichtig, welche sie am Sarge des um ca. 30 Jahre älteren Mannes weinte. Es verging übrigens eine geraume Zeit, ehe die junge schöne Wittwe wieder in der Gesellschaft erschien. Trotzdem sie auch jetzt gänzlich unvermögend dastand, sah sie sich doch sofort von einem Kreise glühender Bewunderer umgeben, unter denen es auch nicht an aufrichtig Werbenden fehlte.

Emmy von Stieler aber weigerte sich lange, in eine zweite Heirath zu willigen. Da lernte sie den kaum 25jährigen Rittergutsbesitzer Baron Johann v. Waldburg kennen. Der reiche, stattliche junge Mann brachte ihr sofort sein volles Herz entgegen, und diesmal sagte Frau Emmy nicht „nein", als er sie fragte: ob sie die Seine werden wolle.

(Fortsetzung folgt.)

Verantwortlicher Redakteur: In Vertretung: Johs. Fein. Verlag: Theod. Schwartz. Druck von Friedr. Meyer u. Co., sämmtlich in Lübeck.